



Vom Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten sollen mehr als 60.000 Unternehmen profitieren.

Freihandelszonen als Signal an Trump

Die EU beschloss trotz Kritik den Freihandel mit 355 Millionen Menschen in Vietnam und Südamerika.

Brüssel – Die EU will US-Präsident Donald Trump zeigen, wie man erfolgreiche Abkommen abschließt, und hat mit dem lateinamerikanischen Staatenbund Mercosur (Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay) den Aufbau einer Freihandelszone vereinbart. Auch mit Vietnam wurde ein Abkommen fixiert.

Vietnam: Die EU und das südostasiatische Land mit rund 95 Millionen Einwohnern einigten sich auf die Abschaffung nahezu aller Zölle. Einige werden erst über einen zehnjährigen Zeitraum fallen. Zudem wird es Quoten für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte geben. Das laut EU weitestgehende Freihandelsabkommen mit einem Entwicklungsland muss noch vom europäischen Parlament gebilligt werden, was angesichts der Menschenrechtslage in dem Land nicht als sicher gilt. Die Wirtschaft Vietnams ist eine der am schnellsten wachsenden. Im vergangenen Jahr exportierte Vietnam Waren und Dienstleistungen im Wert von über 35 Mrd. Euro in die EU, während umkehrt die

Importe über zehn Milliarden Euro betragen.

Mercosur: Das Abkommen mit dem 260 Millionen Menschen umfassenden Markt gilt als weltgrößte Handelszone. Die EU erwartet sich davon Wachstumsmöglichkeiten für 60.500 Unternehmen in der EU. Bisher müssen Importeure von EU-Waren zum Teil sehr hohe Zölle zahlen, die der Wettbewerbsfähigkeit schaden. Auf Autos sind es 35 Prozent, auf Maschinen bis zu 20 Prozent und auf Wein 27 Prozent. Die Zölle sollen schrittweise abgebaut werden. Am Ende könnten pro Jahr Abgaben in Höhe von rund vier Mrd. Euro eingespart werden. 2017 exportierte die EU Waren im Wert von rund 45 Mrd. Euro in den Mercosur.

Konsumenten können auf günstigere Preise auf Rindfleisch, Geflügel und Zucker hoffen. Im Mercosur wird im großen Maßstab produziert, was Kostenvorteile bringt. Die europäischen Bauern sind deswegen von dem Abkommen gar nicht begeistert.

Kritik kommt auch von Umwelt- und Konsumenten-

schützern. Sie befürchten, dass neue Absatzmärkte für Fleisch- und Sojaexporte dazu führen könnten, dass die Weide- und Anbauflächen erweitert werden und dafür der Amazonas-Regenwald weiter abgeholzt wird. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro gilt als Freund der Agrarindustrie, Umweltschutz hingegen gehört nicht zu seinen Prioritäten. Zudem gibt es die Sorge, dass Produkte nach Europa kommen könnten, die nicht den hohen EU-Standards entsprechen.

Österreich zeigt sich zu den Abkommen gespalten. Die Grünen, Gewerkschaften und Bauernvertreter haben die Einigung kritisiert. Agrarvertreter warnen in einem offenen Brief an die EU vor den negativen Auswirkungen durch das Handelsabkommen. Die Industriellenvereinigung hat die Einigung hingegen begrüßt. Mehr als 1400 österreichische Unternehmen sind in den Mercosur-Ländern aktiv, die Warenexporte beliefen sich 2018 auf knapp eine Milliarde Euro. (APA, TT)